

damit entschuldigen können, daß in der Verfassungsurkunde darüber eine Dunkelheit vorhanden ist. Um den Nachtheilen zu entgehen, die daraus hervorgehen, wenn diese Frage unentschieden bleibt, werde ich mit meinem Collegen gegen das Deputationsgutachten stimmen.

D. Großmann: Wenn es meinen persönlichen Wünschen nachginge, so würde ich die ganze Frage auf sich beruhen lassen. Ich habe bei mehreren Gelegenheiten mich darüber ausgesprochen, daß ich auf die Adresse keinen hohen Werth lege, und sie am wenigsten zu einem stehenden Artikel bei den Beratungen der Ständeversammlungen gemacht zu sehen wünsche. Allein da jetzt das Recht nicht nur zweifelhaft, sondern sogar bestritten worden ist, so gewinnt mir dennoch die Sache ein ernsteres Ansehen, und ich muß gestehen, daß die Gründe der geehrten Deputation, obschon sie dieselben mit einer gewissen Zuversicht des Dogmatismus ausspricht, mich nicht überzeugt haben. Denn was die positiven Gründe anlangt, die aus der Verfassungsurkunde entlehnt sind, so lassen sich gewiß eben so viele Gegengründe ihnen entgegenstellen, und was den naturrechtlichen Standpunkt anbetrifft, so muß ich denselben in dieser Fassung geradezu als unstatthaft erkennen. Sie sagt nämlich: „Nach dem Naturrechte sind nur die einzelnen Menschen Personen, d. h. rechtsfähig.“ Allein die Völker sind auch Personen, sie sind geborne Corporationen. Aus jener Behauptung würde folgen, daß es gar kein Völkerrecht gebe. Ich wünsche daher doch, daß die geehrte Kammer sich für Anrufung des Staatsgerichtshofs entscheiden möge. In Bezug auf den Herrn v. Griegern kann ich die Interpretation von §. 153 der Verfassungsurkunde, die er vorgebracht hat, nicht als die rechte ansehen. Es ist hier nicht von einer Streitfrage zwischen Regierung und Ständen die Rede, sondern von einem einzelnen Punkte der Verfassungsurkunde, über welchen Zweifel entstanden sind, und hier schlägt ganz das ein, was zu Anfang des §. 153 steht: „Wenn über die Auslegung einzelner Punkte der Verfassungsurkunde Zweifel entsteht, und derselbe nicht durch Uebereinkunft zwischen der Regierung und den Ständen beseitigt werden kann, so soll der Staatsgerichtshof die entscheidende Behörde sein.“ Ich wünsche wirklich, daß auch der hohen Staatsregierung gefiele, der Sache endlich ein Ende zu machen, damit sie nicht immer wieder die edle kostbare Zeit bei jedem neuen Landtage mit leeren Discussionen hinwegnehmen möge.

v. Griegern: Ich verkenne keineswegs, daß §. 153 der Verfassungsurkunde den Zweck hat, über Auslegung einzelner Punkte der Verfassungsurkunde entstandene Zweifel zu erledigen; allein ich muß dabei stehen bleiben, was ich mir vorhin zu bemerken erlaubte, daß es allemal bei Anwendung dieses Paragraphen vor allen Dingen darauf ankommt, zwischen welchen moralischen Personen dieser Zweifel entstanden ist. In dieser Beziehung spricht der Paragraph aber bloß davon, daß ein Zweifel, der zwischen Regierung und Ständen entstanden ist, erledigt werden soll, keineswegs aber von

Zweifeln, die hinsichtlich der Auslegung der Verfassungsurkunde zwischen der ersten und zweiten Kammer hervorgetreten sind. Und nur dieser Fall liegt so lange vor, als die erste Kammer mit der Staatsregierung in der fraglichen Angelegenheit einverstanden ist.

Bürgermeister Behner: Zur Widerlegung bemerke ich, daß das, was der Redner so eben angeführt hat, allerdings in §. 153 nicht liegt. Denn es steht nicht darin, daß, wenn über die Auslegung einzelner Punkte der Verfassungsurkunde zwischen Regierung und Ständen Zweifel entsteht, sondern es heißt: „Wenn über die Auslegung einzelner Punkte der Verfassungsurkunde Zweifel entsteht,“ dann soll der Staatsgerichtshof entscheiden.

Prinz Johann: Die Deputation ist von verschiedenen Seiten angegriffen worden, so daß ich mir doch die Vertheidigung derselben in etwas erlauben muß. Es hat zunächst Herr Bürgermeister Starke die Frage wieder auf die Bahn gebracht, ob nicht durch unsern Antrag eine Entscheidung der Sache erfolge. Das kann nicht unsere Absicht sein. Unser Antrag geht dahin, daß die erste Kammer der Ansicht der Deputation beitreten solle, also die Ansicht der zweiten Kammer als eine nicht richtige ansehe. Hätten wir das Gegentheil gewollt, und für die Ansicht der zweiten Kammer uns ausgesprochen, so hätten wir ja auch eine Entscheidung in diesem Sinne geben müssen, nämlich gegen die Staatsregierung. Also eine Entscheidung in diesem Sinne war einmal unumgänglich, nöthig. Konnte denn die Deputation überhaupt einen andern Gang nehmen, als zunächst die materielle Rechtsfrage beantworten: Was ist in diesem Punkte nach Maaßgabe der Verfassungsurkunde Rechtens? und dann die zweite Frage: Was ist danach zu thun? Ich sehe nicht ein, welchen andern Gang wir hätten gehen sollen. Wenn ferner der Wunsch ausgesprochen worden ist, die Sache möchte an den Staatsgerichtshof kommen, so hat Niemand mehr, als die Deputation und ich persönlich den Wunsch getheilt, daß dieses möglich sei. Ich gestehe aber, daß, nachdem ich die Ueberzeugung gewonnen, daß die Ansicht der Staatsregierung die rechte sei, ich das Gelenke, wenn ich es so nennen soll, nicht gefunden habe, um die Entscheidung, die ich selbst wünsche, herbeizuführen. Denn damit §. 153 der Verfassungsurkunde Anwendung erleide, gehört nothwendig dazu, daß eine zweifelhafte Frage vorliege. Es müßte also Seiten der Staatsregierung verlangt werden, daß die Ständeversammlung, sei es im concreten Falle oder in abstracto, in irgend einem Punkte ihrer Ansicht in Auslegung der Verfassungsurkunde beitrete, oder daß die Ständeversammlung eine gleiche Anforderung an die Staatsregierung stelle, und diese nicht beitrete, so daß also beide Kammern das Verlangen bei dem Staatsgerichtshofe stellen könnten, daß der andere Theil condemnirt und ihm, dem einen Theile, beigetreten werde. Von Seiten der Staatsregierung könnte ich mir das auch möglich denken, wenn auch nur eine Kammerwider spräche. Man könnte sagen,